



RUSSLAND: FÜR FRIEDEN, FREIHEIT UND MENSCHEN- RECHTE STATT HERRSCHAFT DER OLIGARCHEN, DESINFORMATION UND KRIEG

Die Lage in Russland gibt zu grosser Sorge Anlass. Nach dem Ende der Sowjetunion ging eine kleine Schicht von Oligarchen ein enges Bündnis mit der Macht ein und häuft seither auf Kosten der breiten Bevölkerung riesige Reichtümer an. Der Finanz- und Rohstoffhandelsplatz Schweiz steht dabei zu oft auf der falschen Seite, wenn Oligarchen dank dem Putinismus ihre der russischen Bevölkerung abgepressten Vermögen im Ausland verstecken. Der Putinismus beruht auf der Zentralisierung der politischen Macht. Statt Rechtsstaat und Gewaltenteilung zu stärken, ist die Staatsduma zum Abnickergremium verkommen und vollstrecken Justiz und Gerichte die Anweisungen aus dem Kreml. Dieser pflegt mit der erzreaktionären russisch-orthodoxen Kirche enge Beziehungen, Hexenjagden gegen Homosexuelle und unabhängige Kulturschaffende sind an der Tagesordnung. Die Medienfreiheit ist stark eingeschränkt, Organisationen der Zivilgesellschaft kontrolliert und drangsaliert. Es kommt weit über den Kaukasus (Tschetschenien) hinaus zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Auftragskiller ermorden kritische Journalistinnen und Oppositionelle, die Hintermänner bleiben straffrei. Gleichzeitig stagniert die Wirtschaft. Zwar geht es den Menschen deutlich besser als zur Zeit der Sowjetunion und den instabilen 1990er Jahren. Als der Erdölpreis einbrach, fiel die Wirtschaft 2015 aber in eine tiefe Rezession. Das Volkseinkommen ging real um 3.7% zurück und die Inflation schnellte auf 12.9% hoch. 2016 hielt die Rezession an, die soziale Lage ist prekär. Das Volkseinkommen liegt tiefer als zehn Jahre zuvor, die Staatsausgaben gehen stark zurück, geschont werden allein Militär und Rüstung. Um die Menschen dennoch bei Laune zu halten, schürt der Kreml einen aggressiven Nationalismus und die Erinnerung an die angebliche imperiale Grösse des Zaren- und sowjetischen Reichs.

Für die SP ist klar:

1. Die SP unterstützt den Bundesrat, der die völkerrechtswidrige Annexion der Krim aufs schärfste verurteilt und anlässlich der vom Assad Regime und den russischen Bombardierungen verübten Gräueltaten in Aleppo alle Konfliktparteien mit Nachdruck zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und zur strafrechtlichen Verfolgung der Kriegsverbrecher aufgerufen hat. Die SP erwartet, dass die gezielte Destabilisierung von allem, was in der Nachbarschaft Russlands eine glaubwürdige Alternative zum Putinismus bilden könnte, aufhört. Statt die Entstehung europafreundlicher, liberaler Demokratien zu begrüßen, fördert Putin mit militärischen Interventionen in Georgien, Transnistrien und der Ukraine das gegenseitige Hochschaukeln des Nationalismus und korrupter Regierungen auf der Seite der Oligarchen.

2. Kein Rückfall in den Kalten Krieg – Fortsetzung des Dialoges: Trotz dieser Entwicklung gilt es alles daran zu setzen, um einen Rückfall in den Kalten Krieg und eine neue Rüstungsspirale zu vermeiden. Die SP unterstützt den Bundesrat, der mit der russischen Regierung einen konstruktiven Dialog anstrebt und mit der OSZE nach gewaltfreien Konfliktlösungen sucht. Die ungenügende Einbindung von Russland in die europäische Wertegemeinschaft und Sicherheitsarchitektur hat zur Entstehung des Putinismus in Russland beigetragen. Das legitime Sicherheitsinteresse von Russland muss genau so wie jenes aller anderen Staaten geachtet werden. Gefragt sind nicht Isolation, sondern noch mehr politischer Dialog in und mit Russland auf der Grundlage von Werten: Ende der Gewalt, Vertrauensbildung, Abrüstung, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Kampf der Straflosigkeit.

3. Der Finanz- und Rohstoffhandelsplatz Schweiz muss seine Verantwortung wahrnehmen: Die Panamapapers machten deutlich, dass die engste Entourage von Putin zwei Milliarden Dollar über ein obskures Offshore-Geflecht schleuste. Eine Schlüsselrolle spielte ein Konto bei der Schweizer Gazprombank in Zürich. Dennoch weigert sich der Bundesrat, Licht ins Dunkel zu bringen. Dabei dürfte es sich allein um die Spitze des Eisbergs handeln. Viele russische Oligarchen haben ihren Zweitwohnsitz in der Schweiz. Russisches Erdöl und Erdgas wird im grossen Stil über Genf weltweit vermarktet. Die SP fordert, in der Energiepolitik die Abhängigkeit von Russland zu vermindern und die Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen einschliesslich Rohstoffhandel konsequent an menschenrechtlichen Anforderungen zu messen. Neue Transparenzvorschriften sowie ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative bilden dafür einen wichtigen ersten Schritt.

4. Werte statt Geopolitik: Der Feind meines Feindes ist nicht immer mein Freund: Die bündnisfreie Schweiz ist gut positioniert, um ihre Russlandpolitik glaubwürdig auf Werte wie gewaltfreie Konfliktlösung, Menschenrechte, inklusive Gesellschaft und gemeinsame Sicherheit zu stützen. Wer den Putinismus auf der Grundlage dieser UNO-Werte kritisiert, begibt sich noch lange nicht ins Kielwasser einer geopolitisch motivierten, höchst fragwürdigen Russlandfeindschaft, die es im Westen leider auch gibt. Diese Feindschaft muss genau gleich bekämpft werden, wie die Sozialdemokratie schon im Kalten Krieg stets gegen den hetzerischen Antikommunismus eintrat. Dies hinderte die Sozialdemokratie freilich schon im Kalten Krieg nicht daran, die katastrophale Politik der Sowjetunion entschieden zu kritisieren: Die fehlende Freiheit, der Gulag, die Mangelwirtschaft und Priorität von Militär und Rüstung vor den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung. Dieselbe Kritik wiederholt die SP heute laut und deutlich am Putinismus. Wer den Putinismus inhaltlich kritisiert, sitzt längst nicht im gleichen Boot wie jene, die aus geopolitischen Motiven gegen Russland vorgehen und jede Solidarität mit dem russischen Volk ablehnen. Wer wie Trump, Fillon und Le Pen den Putinismus nicht kritisiert, stellt die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und des Völkerrechts in Frage.

5. Krim- und Ukraine-Sanktionen aufrechterhalten: Die SP begrüsst die jüngsten Entscheide des Rates der EU und des Europäischen Parlamentes, die Krim- und die Ukraine-Sanktionen gegenüber Russland aufrechtzuerhalten. Die SP unterstützt die bundesrätliche Politik, keine Umgehung der Sanktionen über die Schweiz zuzulassen. Nur so kann der Druck aufrechterhalten werden, auf der Grundlage des Völkerrechts für die Krim eine Lösung zu finden und gemeinsam mit der OSZE auf die Regierungen Russlands und der Ukraine einzuwirken, damit beide Seiten endlich das Minks-Waffenstillstandsabkommen umsetzen und eine politische Konfliktlösung suchen. Fortschritte sind Voraussetzung, um die Ukraine-Sanktionen zu lockern. Die SP protestiert deshalb gegen jüngste Versuche, dem Bundesrat in den Rücken zu fallen und mehr Geschäfte und weniger Aussenpolitik gegenüber Russland durchzusetzen. Die Schweiz kann ihre Politik für einen Waffenstillstand und eine gewaltfreie Konfliktlösung in der Ukraine nur glaubwürdig fortsetzen, wenn kein Zweifel daran besteht, dass es ihr um universelle Werte wie Frieden, Menschenrechte und Achtung des Völkerrechts und nicht um Kriegsgewinnlertum und antieuropäische Sololäufe geht. Das Verbot, Kriegsmaterial und besondere militärische Güter nach Russland und der Ukraine auszuführen, ist strikte durchzusetzen.

6. Der Propaganda entgegenwirken: Die SP ist über die russische Unterstützung und Finanzierung radikaler und extremistischer Parteien in EU-Mitgliedstaaten und die Hackerangriffe in demokratischen Staaten zutiefst besorgt. Der Putinismus schränkt im eigenen Land die Medienfreiheit ein, nutzt jedoch die Medienfreiheit bei uns, um mit Hilfe von Think Tanks, mehrsprachigen TV-Stationen, sozialen Medien und ganzen Armeen von Internet-Trollen einen aggressiven Desinformations- und Propaganda-Krieg zu betreiben. Gefragt ist nicht Gegenpropaganda. Fakten müssen aber richtiggestellt und die Urheber der Propaganda blossgestellt werden.

7. Mehr Kontakte und Auseinandersetzung mit Russland: Der Visumzwang muss aufgehoben, der Austausch intensiviert werden: Mehr Unterricht in russischer Sprache und Kultur an den Schweizer Gymnasien; mehr Hochschul-Institute für russische Geschichte, Politik und Wirtschaft; mehr wissenschaftliche Forschung und politische Debatten über die Möglichkeit einer friedlichen Transformation in Russland; mehr Austausch mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Russland. Wer auf der Grundlage der Menschenrechte mit der russischen Zivilgesellschaft den Dialog führt, verdient auch Unterstützung der Schweizer Aussenpolitik. An der Schweizer Botschaft in Moskau sind zusätzliche Menschenrechtsberater, Kulturattaché und Dialogpartner für Fragen der Vereinigungsfreiheit und den Aufbau von Gewerkschaften gefragt. Die SP begrüsst zudem die aktuelle Ausstellung im Landesmuseum Zürich über die Beziehungen Schweiz-Russland und wünscht sich weitere solche Initiativen.